



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus, Zimmer 235

Tel.: + 43 (0) 316 – 872 2151

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 20. Januar 2022

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Vorübergehende Aufhebung der Patentrechte für COVID-Impfstoffe, -Diagnostika und -Medikamente

Bereits 2020 waren die internationalen Rufe nach der Aufhebung der Patente auf COVID-19-Impfstoffe für die Dauer der Pandemie sehr laut und deutlich. Südafrika hatte darauf hingewiesen, dass der TRIPS-Rat (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) der Welthandelsorganisation in puncto Patentschutz nicht funktioniere. Südafrika kritisierte schon das seinerzeitige Versagen zur Sicherung lebensrettender Medikamente bei der HIV/AIDS-Pandemie, das den Tod von mehr als elf Millionen Menschen zur Folge hatte.

Südafrika und Indien forderten schon im Oktober 2020 den TRIPS-Waiver (Ausnahmeregelung) für die Dauer der Pandemie.

Im April 2021 sprach sich die US-Regierung für einen Verzicht auf den Schutz des geistigen Eigentums für COVID-19-Impfstoffe aus. Dies wäre *der* richtige erste Schritt, um bestehende WTO-Regelungen zu beseitigen, die einem raschen Pandemieende durch Rechtssicherheit bei der Herstellung von Impfstoffen außerhalb der bisherigen Erzeugerländer entgegenstehen.

Auch namhafte Experten, etwa der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, unterstützen das Anliegen eines TRIPS-Waivers. Der Handelsrechtsexperte Frederic Abbott verweist auf Artikel 73 des TRIPS-Abkommens, der jeder Regierung die Möglichkeit einräumt, Maßnahmen zur COVID-19-Pandemiebekämpfung zu ergreifen, sogar Maßnahmen zur Aussetzung der Rechte des geistigen Eigentums.

Mittlerweile stehen mehr als 100 Staaten, über 70 bedeutende Organisationen und über 140 namhafte Personen (Politik, Wissenschaft, Kunst) hinter einer der wesentlichsten Lösungen des Problems dieser Pandemie, nämlich der vorübergehenden Aussetzung der Regeln der WTO für geistiges Eigentum.

Ärzte ohne Grenzen – jene Expert:innen, die bei Krisen und Katastrophen an vorderster Front stehen – fordern auch den Verzicht auf geistiges Eigentum für die entsprechenden Medikamente und Diagnostika. Ansonsten würden speziell wirtschaftliche schwache Länder, die bislang nur einen Bruchteil der Impfstoffe erhalten haben, bei der Bekämpfung chancenlos bleiben. Dass in Afrika die Durchimpfungsrate durchschnittlich bei sieben Prozent liegt, verdeutlicht, wie drastisch die Situation ist.

Das kann den Gesellschaften in den reichen Ländern wie Österreich wiederum auf den Kopf fallen, weil eine tatsächliche Abgrenzung in einer vernetzten Welt unmöglich ist und letztlich *kein* Gesundheitssystem dieser Erde imstande ist, die Folgen dieser schnellen Infektionskrankheit mit ihren vielfältigen Mutationen und ihrer Ausbreitungsgeschwindigkeit zu parieren.

Inzwischen müssten natürlich auch die gut bestückten Länder ihre überschüssigen Impfstoffe mittels des COVAX-Mechanismus teilen. Die Wohltätigkeit hat allerdings leider bislang versagt, die COVAX-Fazilität, ein internationales Konsortium, hat nämlich versprochen, bis Ende 2021 den ärmeren Ländern 2 Milliarden Impfdosen zur Verfügung zu stellen, hat aber bislang erst 25 Prozent dieser Menge bereitgestellt.

Wenn also Hilfe von außen nicht zu erwarten ist, muss wenigstens das Recht zur Selbsthilfe gegeben sein, ohne dass gerichtliche Sanktionen seitens der WTO die Folge sind. Denn die Zeit drängt. Studien zufolge dauert es sechs Monate bis weitere Hersteller in der Lage sind auf selbständige Produktion umzustellen.

Innerhalb der EU sind es aber leider nach wie vor Mitgliedsländer wie Deutschland und Österreich, die noch auf der Bremse stehen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz spricht sich für eine TRIPS-Ausnahmeregelung zur vorübergehenden Aufhebung der Patentrechte auf COVID-19-Impfstoffe sowie die entsprechenden Medikamente und Diagnostika aus und ersucht die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, sich bei den verantwortlichen Gremien der EU dahingehend einzusetzen.